

17. Wahlperiode

---

## Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Inbetriebnahme des Flughafenasylnastes verhindern!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Inbetriebnahme des Flughafenasylnastes auf dem Willy-Brandt-Flughafen verhindert wird.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30.09.2012 zu berichten.

---

### ***Begründung:***

Obwohl voraussichtlich bis März 2013 keine Flugzeuge von und auf dem neuen Flughafen starten und landen werden, soll der Flughafenasylnast vorab in Betrieb genommen werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen befürchtet, dass in dem Gebäude die Asylbewerberinnen und Asylbewerber untergebracht werden, die über den alten Flughafen Schönefeld einreisen.

Die Inbetriebnahme des Flughafenasylnastes ist ein Symbol für die europäische Abschottungspolitik der Bundesregierung gegenüber Flüchtlingen. Berlin und Brandenburg sollten sich klar gegenüber solcher Abschottungspolitik positionieren. Gegen den Asylnast hat sich ein breites Bündnis aus Kirchen, Initiativen und Parteien formiert.

Zudem ist der Flughafenknast überdimensioniert. Im ersten Quartal 2012 gab es keinen einzigen Fall, im letzten Quartal 2011 eine Person, die derartig untergebracht werden musste. Der neue Knast ist für 300 Menschen jährlich ausgerichtet. Hierfür stehen nun 500 Quadrat-

meter Innen- und 500 Quadratmeter Außenfläche zur Verfügung, die inklusive Sicherheitspersonal täglich ca. 700 Euro kosten.

Das Flughafenverfahren im Sinne des § 18a des Asylverfahrensgesetzes wird in Deutschland lediglich an fünf Standorten durchgeführt. Die meisten Großflughäfen verzichten auf das extrem teure und umstrittene Flughafenverfahren, weil es nur durchgeführt werden muss, wenn es eine geeignete Unterkunft im Sinne des Paragraphen 18a Asylverfahrensgesetz gibt. Die geringen Fallzahlen, die Zahl der Flüchtlinge, die dann doch einreisen dürfen, sowie humanitäre und menschenrechtliche Gründe stellen das Betreiben der Hafteinrichtung in Frage.

Politisch verantwortlich für Bau und Betrieb zeichnen die Bundesrepublik und die Länder Berlin und Brandenburg gleichermaßen, die auch den Flughafen gemeinsam betreiben. Ein breites Bündnis von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Flüchtlingsräten und dem Deutschen Anwaltsverein fordert auch das Land Berlin auf, auf die geplante Inbetriebnahme der „Gewahrsamseinrichtung“ zur Durchführung von Asyl-Schnellverfahren zu verzichten. Berlin sollte Schutzsuchenden, wie bisher in Berlin-Tegel üblich, die Einreise zur Durchführung eines regulären Asylverfahrens ermöglichen. Asylsuchende müssen ohne vorheriges Schnellverfahren Zugang zu einem rechtsstaatlichen Asylverfahren erhalten.

Berlin, den 05. Juni 2012

Pop Bayram  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen